

■ **Seite 2: Neuanfang.** Chile will das Erbe der Diktatur überwinden ■ **Seite 3: Rückschritt.** Brasilien leidet unter den Folgen des Putsches von 2016 ■ **Seite 4: Revolution.** In Südamerika wurden ab 1999 neue Verfassungen erarbeitet ■ **Seite 7: Kehrtwende.** Venezuelas Präsident ruft zur Constituyente ■ **Seite 8: Lesestoff.** Ein Blick in Venezuelas geltende Verfassung lohnt sich



Chilenische Studenten demonstrieren im Mai 2014 mit der »Wiphala«: Die Rechte der indigenen Bevölkerung wurden in Venezuela, Ecuador und Bolivien Bestandteil der neuen Verfassungen

IVAN ALVARADO/REUTERS

Verfassungsfragen sind Machtfragen

In Venezuela wird am Sonntag die »Constituyente« gewählt. Anlass für einen genaueren Blick nach Lateinamerika. **Von André Scheer**

Verfassungsfragen sind hierzulande normalerweise Gegenstand akademischer Debatten, die in der Öffentlichkeit nur selten auf Widerhall stoßen. »Das Grundgesetz steht bei mir schon lange im Fach Satire«, scherzte einst der Kabarettist Dietrich Küttner – und ob dieses wichtigste Gesetzbuch der Bundesrepublik tatsächlich eine Verfassung ist, wird auch gerne mal bestritten. Fakt ist jedenfalls, dass die deutsche Bevölkerung bis heute nie abstimmen durfte, ob sie mit dem Grundgesetz einverstanden ist. Die Herrschenden setzen sich über dessen Bestimmungen auch gerne mal hinweg. Schon 1963 rechtfertigte der damalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) Verstöße des »Verfassungsschutzes« mit den Worten: »Die Beamten können nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.«

In Venezuela ist das anders. Dort tragen viele Menschen tatsächlich das kleine blaue Buch mit den Grundrechten in der Hemdtasche bei sich. Es ist nicht ungewöhnlich, dass an einer Straßenecke über bestimmte rechtliche Fragen diskutiert wird – und die Kontrahenten prompt ihr Exemplar der Magna Charta aus der Tasche ziehen. Im Parlament halten sie sich Regierungsfollower und Oppositionelle gegenseitig vors Gesicht, wenn sie beim anderen einen Verstoß dagegen vermuten.

Erbittert wird in Venezuela zur Zeit darum gestritten, ob die 1999 in einer Volksabstimmung angenommene Verfassung überarbeitet werden soll. Für Sonntag, 30. Juli, sind die Wahlen zur Constituyente, zur verfassungsgebenden Versammlung, angesetzt. Wie sie ablaufen und welche Arbeit die Gewählten zu leisten haben, wird emotional diskutiert und ist Anlass

für Straßenschlachten und Demonstrationen. Gustavo Rodríguez hatte sich als Kandidat für die Wahlen angemeldet, seine Bewerbung wurde von der zuständigen Behörde jedoch zurückgewiesen. Trotzdem setzt er sich für die Versammlung ein. Im Gespräch mit *junge Welt* erläutert er die Gründe dafür.

Verfassungsfragen sind Machtfragen, in Lateinamerika ganz besonders. In Brasilien galt das Grundgesetz nach den Erfahrungen der Militärdiktatur (1964–1985) als Garant für die Demokratie – bis die obersten Richter die Festlegungen der Verfassung im vergangenen Jahr ignorierten und den Sturz von Präsidentin Dilma Rousseff auf der Grundlage erfundener Anschuldigungen zuließen. Ein Blick auf diese Entwicklungen wirft Peter Steiniger. In Chile gilt bis heute eine Verfassung, die zwar mehrfach reformiert wurde, in ihrem Kern aber

immer noch auf die Diktatur von Augusto Pinochet (1973–1990) zurückgeht. Seit Jahren gehen in dem südamerikanischen Land immer wieder Zehntausende auf die Straße, um eine verfassungsgebende Versammlung zu fordern, durch die Chile neu begründet werden könnte. Lena Kreyman hat sich mit dieser Diskussion befasst.

Auftrieb bekamen die Bewegungen in Chile durch die Erfahrungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador, wo ab 1999 neue Verfassungen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet und verabschiedet wurden. Sie enthalten nun unter anderem soziale und politische Rechte, die oft über das hinausgehen, was etwa im deutschen Grundgesetz zu finden ist. Der baskische Universitätsprofessor Eneko Compains Silva fasst die Geschichte dieser drei Prozesse zusammen.

Weg mit Pinochets Verfassung

Chiles Grundgesetz stammt noch aus der Zeit der Diktatur. Präsident Bachelet strebt eine grundlegende Reform an. **Von Lena Kreymann**

Frauenprotest: Chileninnen verbrennen am 25. November 2015 in Valparaíso symbolisch die noch aus der Diktaturzeit stammende Verfassung ihres Landes

Venezuelas damalige Außenministerin Delcy Rodríguez forderte Ende Juni ihren chilenischen Amtskollegen Hernando Muñoz auf, endlich dafür zu sorgen, dass die »Verfassung Pinochets« ersetzt werde. Zwar war dies in erster Linie eine scharfe Reaktion darauf, dass Muñoz eine Erklärung gegen die in Venezuela geplante verfassunggebende Versammlung, die Constituyente, unterstützt hatte.

Völlig ohne Bezug zur Realität war die Aufforderung der venezolanischen Diplomatin, die inzwischen ihr Amt aufgegeben hat und selbst für die Constituyente in ihrem Heimatland kandidiert, aber nicht. Schließlich hat die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet bereits 2015 einen Prozess gestartet, um die während der Militärdiktatur (1973–1990) entstandene Verfassung zu ersetzen. Immer noch unterstützen die chilenische Linke und soziale Bewegungen das Projekt, das im vergangenen Jahr in Bürgertreffen diskutiert wurde. Scheitern könnte es jedoch an den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. Sein Erfolg hängt maßgeblich von den im November bevorstehenden Wahlen ab.

In einer Befragung hatten es die Chilenen für wichtig erachtet, sich von den Elementen in der Verfassung zu verabschieden, die Relikte aus der Pinochet-Diktatur darstellen. Auch legten sie Wert auf den Schutz von Umwelt und Kulturgütern. Der Diktator hatte 1980 seine eigene Verfassung erlassen. Womit er nicht gerechnet hatte: Ein in dieser vorgeschriebenes Referendum über eine weitere Amtszeit verlor er 1988. Das leitete den als »Transition« bezeichneten Demokratisierungsprozess in Chile ein, in dessen Rahmen die Konstitution mehrfach überarbeitet wurde. Zuletzt hatte Bachelet 2005 eine umfangreichere Reform durchgesetzt. Dennoch basiert die Verfassung in einigen Kernelementen immer noch auf dem Machwerk, mit dem der Diktator seine Macht und die seiner Unterstützer hatte sichern wollen.

Eine zentrale Rolle in der Diskussion um die Verfassung nimmt deshalb die Rolle der Streitkräfte ein, die 1973 den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende gestürzt und die darauffolgende Diktatur getragen hatten. Bis 2005 hatten sie über den Nationalen Sicherheitsrat Mitspracherecht über Entlassungen und Ernennungen von Generälen oder die Ausübung des Ausnahmezustands. Bis heute erhalten sie direkt Gelder aus dem Kupferbergbau und verfügen über eine eigene Gerichtsbarkeit. In einer neuen Verfassung sollen sie nun endlich dem zivilen Staat unterstellt werden.



Auch die Forderung nach einer stärkeren Verankerung der Menschenrechte hängt mit den noch wachen Erinnerungen an die Zeit der Diktatur zusammen, in der die Staatsgewalt Zehntausende folterte, ermordete und »verschwinden« ließ.

Unter den Rechten, die verfassungsrechtlich verankert werden sollen, sind den Chilenen auch die auf Gesundheit und Bildung besonders wichtig. Gerade das Bildungssystem bietet regelmäßig Konfliktpotential: Schulen und Universitäten sind stark privatisiert, staatliche Einrichtungen unterfinanziert. Wer seinen Kindern eine gute Bildung zukommen lassen möchte, muss selbst dafür bezahlen. Bachelet steht in der Kritik, da sich trotz anderslautender Wahlversprechen seit ihrem Amtsantritt 2014 nur wenig verändert hat. Studentenvertreter kritisieren eine Bildungsreform von 2016, da diese sich auf Formalitäten statt auf wesentliche Veränderungen konzentrierte.

Mit den Ergebnissen der Befragung sind viele inhaltliche Eckpunkte festgezogen und viele Fragen für den weiteren Verlauf aufgeworfen worden. Doch dass der verfassunggebende Prozess tatsächlich einge-

leitet wird, ist damit noch lange nicht ausgemacht. Derzeit ist die Möglichkeit dazu gar nicht in der gültigen Verfassung selbst verankert. Bachelet legte deshalb im April einen Änderungsvorschlag für das 15. Verfassungskapitel vor, durch den genau diese Möglichkeit eröffnet werden soll.

In der nächsten Legislaturperiode soll der Kongress per Zweidrittelmehrheit den verfassunggebenden Prozess initiieren und über das genaue Verfahren entscheiden können. Dabei stehen von einer Zweikammerkommission bis zur Volksabstimmung mehrere Möglichkeiten offen. Der Reformprozess wird dabei auch von der Kommunistischen Partei Chiles (PCCh) unterstützt, die Teil des Regierungsbündnisses ist. Die Anwältin Julia Urqueta, die sich in der PCCh mit Verfassungsfragen beschäftigt, verdeutlichte der Parteizeitung *El Siglo* zufolge auf einer Veranstaltung im Januar, dass die derzeitige Verfassung viele soziale Reformen blockiere. Sie wies jedoch auch darauf hin, dass eine Verfassungsnovelle bei den aktuellen Kräfteverhältnissen nur schwer durchzusetzen und die Überarbeitung des 15. Kapitels Voraussetzung für weitere Fortschritte sei.

Das Regierungsbündnis verfügt im Parlament nicht über eine Zweidrittelmehrheit. Wie es also mit dem Projekt weitergeht, hängt wesentlich von den Wahlen ab, die am 19. November stattfinden. Die Chilenen stimmen an diesem Tag sowohl über einen neuen Staatschef als auch über die Parlamentsabgeordneten ab. Doch die Präsidentin hat derzeit nur noch wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Wie der lateinamerikanische Fernsehsender *Telesur* berichtete, sind 57 Prozent mit ihrer Regierung unzufrieden. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Wahlversprechen nicht eingehalten worden sind, vor allem im sozialen und im Bildungsbereich. Der Kandidat ihres Mitte-links-Bündnisses »Nueva Mayoría« (Neue Mehrheit), Alejandro Guillier, liefert sich in den Umfragen derzeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem ehemaligen Präsidenten Sebastián Piñera, der als Vertreter des Rechtsbündnisses »Chile Vamos« ins Rennen geht. Daneben hat sich mit der »Frente Amplio« (Breite Front) ein weiteres Linksbündnis gegründet, das beispielsweise Grüne und Piraten umfasst.

Lena Kreymann ist freie Autorin und schreibt regelmäßig in der jungen Welt über Lateinamerika.

Das sozialistische Kuba und seine Verbündeten in Lateinamerika Hoffnungsträger der fortschrittlichen Welt!

Wir stehen unverrückbar an ihrer Seite!

Die immer noch fortwährenden Destabilisierungsversuche von außen, Subversion, Blockade, die US-Besetzung des Marinestützpunktes in Guantánamo verurteilen wir, machen sie bekannt und dies gemeinsam mit Gleichgesinnten.

Unsere „CUBA LIBRE“ und „Cuba kompakt“ bringen aktuelle Informationen aus und über Kuba und Lateinamerika.

Das eigene Erleben Kubas überzeugt unmittelbar und so vermitteln wir Interessierten die Teilnahme an und Arbeit in Brigaden und auch inhaltlich politische Reisen nach Kuba.

Mit den im gemeinsamen **Proyecto „Tamara Bunke“** von FG und SDAJ regelmäßig organisierten Studienaufenthalten auf Kuba sagen wir (nicht nur ganz) jungen, politisch interessierten Menschen

„Auf Cuba von Cuba lernen und darüber berichten!“



Werden Sie Mitglied! Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba - Maybachstr. 159 - 50670 Köln - mehr Infos: www.fgbrdkuba.de
FG BRD-Kuba; Bank für Sozialwirtschaft, Köln: IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00; BIC: BFSWDE33XXX - Spenden an die FG sind steuerlich absetzbar.

Verraten und verkauft

Die Amtsenthebung der legitimen Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT) im vergangenen Jahr markiert einen tiefen Einschnitt im politischen System Brasiliens. An die Stelle einer störanfälligen Balance ist ein Krieg der Institutionen getreten, in dem Teile des Justizapparates sich die Politik unterzuordnen versuchen und selbst nach der Macht im Staat greifen.

Trotz der erreichten Fortschritte in der 13jährigen Ära der PT-geführten Regierungen ist der demokratische und soziale Rechtsstaat für große Teile der Bevölkerung ohnehin Theorie geblieben. Der Reichtum des Landes ist noch immer extrem ungleich verteilt, arm und schwarz sind quasi weiter synonym. Aus dieser Gruppe kommen auch die meisten Opfer im Drogenkrieg, der in den Metropolen wütet. Mehr als eine halbe Million Menschen, in der Mehrheit Afrobrasilianer, viele ohne Urteil, bevölkern erbärmliche Gefängnisse. Das koloniale Erbe lebt in halbfeudalen Verhältnissen weiter.

Das in der Verfassung von 1988 festgeschriebene präsidentielle Regierungssystem existiert zwar formal auch nach dem parlamentarischen Putsch vom Mai 2016. Doch die Machtfrage wurde nicht auf Grundlage der Charta entschieden. Nicht Amtsvergehen bei der Erstellung des Haushalts waren der Grund für das gegen Rousseff betriebene Impeachment: Es handelte sich um ein Komplott allein mit dem Ziel, Brasilien einen Kurs aufzuzwingen, der an den Wählern keine Mehrheit finden konnte. Nach der Niederlage des Präsidentschaftskandidaten der großbürgerlichen PSDB im Oktober 2014 hatte sich das von dieser Partei geführte Lager sofort auf Winkelzüge und Intrigen verlegt. Die Medien des Globo-Konzerns orchestrierten Proteste der gehobenen Schichten und nahmen die Arbeiterpartei unter Dauerfeuer. Mit dem Geld von Stiftungen und Konzernen wurden rechtspopulistische Gruppen gepusht. Das Internet überflutete verleiherische Falschinformationen, die den Hass auf die Linke schürten. Inmitten einer schweren Wirtschaftskrise polarisierte sich die Gesellschaft.

Anders als 1964 bei der Errichtung der Diktatur blieb 2016 das Militär in den Kasernen. Die Generäle schlossen das rechte Auge. Mit dem linken behielten sie

Staatsstreich neuen Typs: Der parlamentarische Putsch 2016 hat Machtgefüge in Brasilien drastisch verändert. **Von Peter Steiniger**



Abgehängt: Die politisch motivierte Absetzung der legitimen Staatschefin Dilma Rousseff war ein Bruch mit dem Präsidentsystem. Statt der Wähler entschieden Kongress und Oberstes Gericht

kämpferische soziale Bewegungen wie die der Landlosen (MST) im Blick. Der rechtliche Rahmen wurde beim Staatsstreich neuen Typs formal eingehalten, auch protokollarische Formen blieben gewahrt. Beim abschließenden Prozess im Senat führte der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Ricardo Lewandowski, den Vorsitz. Am 31. August 2016 fiel dort die Entscheidung mit 61 gegen 20 Stimmen gegen Rousseff. Suspendiert war die Staatschefin bereits seit dem 17. April, als das Unterhaus mit einer Orgie der Heuchelei dem Einleiten des unbegründeten Amtsenthebungsverfahrens zugestimmt hatte. Einen wichtigen Beitrag zu dessen Gelingen leistete Eduardo Cunha, seit Dezember 2015 Präsident jener Abgeordnetenkammer. Cunha ließ das Verfahren gegen die unbestechliche Staatschefin zu, sorgte für eine totale Blockade von Regierungsprojekten, organisierte den Kauf von Stimmen. Der kalte Putsch hatte Großsponsoren. Seine Millionen aus

Schmiergeldern auf geheimen Konten brachen Cunha dennoch das Genick. Die Schweiz ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Seit Oktober 2016 sitzt der Mann hinter Gittern.

Der aktuelle Kongress steht so weit rechts und ist mit einem so dekadenten Personal bestückt wie kein anderer in der jüngeren Geschichte Brasiliens. Eine längst überfällige Politikreform wird hier komplett geblockt. Beherrscht wird er von »Bibel, Kuh und Kugel« – den Lobbys Evangelikaler, des Agrobusiness und der Waffenindustrie. Hineinbefördert hat sie ein anachronistisches Wahlsystem, das die Sitzverteilung stark von Wahlallianzen, Geschäften zwischen den Parteien, abhängig macht. Die Wahlkampagnen sind inhaltsleerer, personalisierter Klamauk, hinter dem das große Geld steht. Der Kongress spiegelt auch Vertrauensverluste der PT wider. An der Macht entfernte sich die Partei von ihren Wurzeln und Prinzipien.

Der gestürzten Präsidentin folgte ihr bis dato machtloser Vize nach: Cunha's Kompagnon Michel Temer, ebenfalls der koalitionsbrüchig gewordenen Partei der Demokratischen Bewegung (PMDB) angehörig. Diesen Verein hatte Temer seit Jahren gemeinsam mit engen Vertrauten aufgerollt. Den Filz aus Politik und Wirtschaft beuteten sie erfolgreich für sich aus. Mit Rousseffs Suspendierung bildete Temer stehenden Fußes ein Kabinett der parasitären weißen »Eliten«. Innenpolitisch setzte er ein neoliberales Programm des sozialen Kahlschlags durch. Brasiliens Beitrag zu einer multipolaren Weltordnung und zur regionalen Integration ließ der frühere Gewährsmann der US-Botschaft auf Eis legen. Auf der Regierungsbank sitzen seitdem ebenfalls die Verlierer von 2014.

Die Machteroberung war auch eine Flucht der konservativen Kaziken nach vorn. Das politische Gewerbe betreiben sie auf die hier traditionelle Art. Ihre Clans halten bei öffentlichen Aufträgen die Hand mit auf, verteilen Posten und Subventionen. Korruption und Klientelismus sind in Brasilien tief verwurzelt und allgegenwärtig. Die Lavine, welche die Ermittlungen im Skandal um den Petrobras-Konzern ausgelöst hatte, kam ihnen gefährlich nahe.

Immer neue Enthüllungen machten die Ministersessel in Temers Kabinett zu Schleudersitzen. Noch immer wird zwischen Exekutive und Judikative offen und versteckt Krieg geführt. Schutzengel bei Letzterer haben nur kompromittierte »Tucanos«, Politiker der PSDB. Der illegitime Präsident selbst hat eine schwerwiegende Korruptionsanklage am Hals, seine Demontage hat begonnen. Weiter Sorgen mit der Justiz hat auch die Partei der Arbeiter. Deren Regierungen hatten deren Organe enorm gestärkt. Brasiliens Rechtspfleger zählen zu den ganz elitären Kreisen, und die Korruptionsermittler laufen an der Leine der US-Behörden. Strafgelehrer in Milliardenhöhe flossen ins Ausland, Schlüsselindustrien wurden geschädigt, Märkte preisgegeben. Die Ausschaltung von Expräsident Lula da Silva durch Urteile auf der Basis von Fabeln als Kandidat bei den Wahlen 2018 soll Brasiliens Wende nach rechts besiegeln.

In einem »dritten Wahlgang« wurde den Brasilianern 2016 ihr Votum gestohlen. Die direkte Volkswahl – die eine große Bürgerrechtsbewegung am Ende der von 1964 bis 1985 herrschenden Militärdiktatur erkämpft hatte – wurde entwertet. Am Drücker ist ein Hybrid aus Gesetzgeber, Leitmedien und Höchstgericht. Viele Schaltstellen im Staat sind bereits neu besetzt. Ein kalter Putsch bleibt gegen fortschrittliche Politiker Teil des Waffenarsenals. Verhindert werden kann er nur durch das Kräfteverhältnis außerhalb des Parlaments. Das Rollback in Brasilien zu stoppen, seine Folgen zu heilen, das wird ein schwerer Kampf.

Peter Steiniger ist Redakteur der Tageszeitung *junge Welt*. Brasilien zählt zu seinen Schwerpunkten.

ANZEIGE

HORACIO VERBITSKY DER FLUG

Die Argentinische Militärdiktatur
Das Ende der Welt
Aus den Spalten von Susana Schick

mandelbaum verlag

»Eine christliche Art zu sterben ...« nannte die Katholische Kirche die Methode, Regimegegner betäubt, aber lebendig, aus Flugzeugen ins Meer zu werfen. Nach fast 20 Jahren des Schweigens gestand zum ersten Mal ein beteiligter Militär, Adolfo Scilingo, gegenüber dem argentinischen Journalisten Horacio Verbitsky diese grausamen Verbrechen ein. Das daraus entstandene Buch »Der Flug« markierte einen Wendepunkt in der argentinischen Geschichte.

Horacio Verbitsky – Der Flug. Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner am Meer verschwinden ließ.
15,90 Euro, 200 Seiten

Steigende Temperaturen, Trockenheit und immer längere Dürreperioden, aber auch Starkregen und Überschwemmungen – die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind in Chile bereits deutlich spürbar. Elisabeth Holzner analysiert die noch junge Umwelt- und Klimapolitik Chiles.

Elisabeth Holzner. Anpassung an den Klimawandel in Chile.
14,90 Euro, 126 Seiten

www.mandelbaum.at

Elisabeth Holzner

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL IN CHILE

Ein interdisciplinärer Politik-Analyse der Umwelt- und Klimapolitik

ANZEIGE

KUBA IM WANDEL

16 Erfahrungsberichte

hrsg. von
Volker Hermsdorf/
Paula Klattenhoff/
Lena Kreymann/
Tobias Salin

Taschenbuch, 160 S.
ISBN 978-3-95514-031-1

10,- €

www.gutes-lesen.de

Wer die einstige Bergkaserne in Caracas besucht, in der Venezuelas 2013 verstorbener Präsident Hugo Chávez aufgebahrt ist, stößt bereits am Eingang auf eine ewige Flamme, die an die erinnert, die im Kampf um Freiheit und soziale Gerechtigkeit in dem südamerikanischen Land gestorben sind. An dem Feuer verkündet ein Schild: »Das Morgenrot einer Hoffnung«.

Mit diesen Worten umschrieb Chávez später den von ihm angeführten Versuch einer revolutionären bewaffneten Erhebung am 4. Februar 1992.

Strikt militärisch gesprochen scheiterte diese Rebellion: Die Beteiligten eroberten die Macht nicht, sie wurden getötet oder inhaftiert. Aber auf der politischen und moralischen Ebene und in den Medien verwandelte sich der »4-F« zu einem Sieg. Eine Erklärung dafür ist leicht zu finden. Damals wurden dem Volk Venezuelas die grundlegendsten Menschenrechte vorenthalten. Das Beispiel die auf Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit. Die Menschen waren Opfer einer ungezügelten neoliberalen Politik und wurden von einer korrupten Elite regiert, die sich die Institutionen des Landes angeeignet hatte. Das jedoch war nicht das Schlimmste. Viel schlimmer war, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Hoffnung mehr hatte, dass sich die Dinge ändern könnten, dass eine bessere Zukunft möglich wäre. Bis zu jenem einen Tag, dem unvergessenen 4. Februar 1992, an dem sich alles änderte.

Legendar wurde die kurze Ansprache, die Chávez nach seiner Kapitulation im Fernsehen halten konnte. Er sagte den Hoffnungslosen, er habe die Ziele »für den Augenblick« nicht erreichen können – »por ahora«. Dieses »por ahora« wurde zu einem Schrei des Kampfes und der Hoffnung für alle, die den Stand der Dinge in Venezuela und auf dem lateinamerikanischen Kontinent von Grund auf verändern wollten. Und die Hoffnung wurde Realität, als Chávez sieben Jahre später nach einem triumphalen Wahlsieg einen verfassungsgebenden Prozess in Gang setzte, dessen Ziel die »Neugründung der Republik« und die Schaffung einer »sozialen, partizipativen und prototypischen Demokratie« war. Wir schrieben das Jahr 1999. Später folgten 2005 Bolivien und 2007 Ecuador. Honduras wollte es 2009 angehen, doch der Staatsstreich gegen Präsident Manuel Zelaya vereitelte den Versuch in dem zentralamerikanischen Land.

Nacht des Neoliberalismus

Die Wissenschaftler sind sich einig, dass alle historischen Momente, in denen verfassungsgebende Prozesse ausgelöst werden, von schweren Krisen geprägt sind. Mit an-

deren Worten: Nur im Angesicht einer tiefen Krise des politischen, institutionellen und ökonomischen Apparates entwickelt das Volk ausreichend starke Energie, um das Inangasetzen dieser Art von Prozessen möglich zu machen. Leichtere Krisen können normalerweise durch Regierungswechsel oder kleinere Reformen überwunden werden.

Im Kern trifft diese Analyse genau auf die Lage zu, wie sie sich in Venezuela, Bolivien und Ecuador dargestellt hatte. In den 80er Jahren war sie in diesen Ländern desolat: Wirtschaftskrise und Durchsetzung einer ungezügelten neoliberalen Politik, drastischer Sozialabbau, die Privatisierung der Bodenschätze und der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen (Trinkwasser- und Stromversorgung), die Einschränkung von Grundrechten und Freiheiten. Die Armut breitete sich aus, die sogenannte Mittelschicht verschwand nahezu. Korruption, Legitimationsverlust der politischen Institutionen des Staates durch die Parteien – der Begriff »Partidokratie« ist, obwohl er hart klingt, in der akademischen Diskussion etabliert –, Ausschluss der Bevölkerung von der Teilnahme, Wirkungslosigkeit der Verfassungen – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Es handelte sich also nicht einfach um Regierungskrisen, sondern um Staatskrisen, wie es Boliviens Vizepräsident Alvaro García Linera formulierte. Um diese zu überwinden, reichten zum Glück der Linken einfache Reformen oder kosmetische Maßnahmen nicht aus. Allerdings waren harte Arbeit und Massenmobilisierungen nötig, um die herrschende politische Klasse zu stürzen. Eine herausragende Rolle spielten dabei die sozialen Bewegungen, während die Rolle der traditionellen Subjekte nach Einschätzung von Analysten wie Emir Sader oder Luismi Uhart eher sekundär blieb.

Für Venezuela gilt der sogenannte Caracazo von 1989 als Wendepunkt. Nach dieser sozialen Explosion gegen die Krise und die etablierte Ordnung, die in den Straßen von Caracas nicht weniger als 3.000 Menschenleben kostete, kam Chávez, griff die Unzufriedenheit auf und formulierte aus ihr einen einigenden politischen Vorschlag: die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, der Constituyente.

Bolivien erlebte zwischen den Jahren 2000 und 2005 seinen »Rebellischen Zyklus«, eine ganze Reihe sozialer Massenproteste, die mit der als »Krieg um das Wasser« und »Krieg um das Gas« bekannt gewordenen Verteidigung der Bodenschätze begannen, mit der Zeit jedoch in eine Agenda radikaler Veränderungen mündeten: Nationalisierung von Öl und Gas,



Demokratische

»Morgenrot einer Hoffnung«: Ein Blick auf die verfassungsgebende Versammlung von 1999 bis 2009. Von Eneko Compains Silva

verfassungsgebende Versammlung und den Präsidenten wegen seiner Verbrechen vor Gericht zu stellen. Auch in Ecuador waren die sozialen und indigenen Bewegungen entscheidend, die zwischen 1996 und 2006 drei Präsidenten stürzen konnten. Nur der geeignete Kandidat fehlte zunächst, und das erschien 2006 Rafael Correa. Auch sein Vorschlag war die Constituyente.

Auftakt und Entwicklung

Nach den Wahlsiegen von Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador wurden die verfassungsgebenden Prozesse umgehend in Gang gesetzt. Doch sie stellten sich als schwieriger heraus als erhofft, denn die starke rechte Opposition vereinte sich mit einem alten Verbündeten, der Justiz. In dem Versuch, das aufzuhalten, was sie bei den Wahlen nicht verhindern konnte, verschanzte sich die Opposition hinter der geltenden Rechtsordnung.

In Venezuela argumentierte die Opposition etwa, dass das Volk nicht über eine Constituyente befragt werden könne, weil dies in der geltenden Verfassung nicht vorgesehen sei. Chávez stellte sich dem mit der Aussage entgegen, dass das Volk Träger der Souveränität sei. Die Verfassung setze den konstituierten Gewalten – also Exekutive, Legislative und Judikative – Grenzen, nicht jedoch dem souveränen Volk, bei dem die originäre verfassungsgebende Macht liege. Schlussendlich kann man festhalten, dass ihm die Gerichte recht gaben, wenn auch mit widersprüchlichen Urteilen.

Chávez griff also die klassische Doktrin von der verfassungsgebenden Macht auf, die auf die nordamerikanische und die französische Revolution zurückgeht und sich auf den Grundsatz stützt, dass die Constituyente frei und weder der geltenden Rechtsordnung noch den bestehenden Gewalten unterworfen ist. Ihre einzige Begrenzung ist

demnach die Respektierung des progressiven Charakters der Menschenrechte – diese dürfen nur ausgeweitet, nicht aber eingeschränkt werden. Das Volk konnte also frei und ohne Einschränkungen einen Prozess in Gang setzen, dessen Ziel die Neugründung des Landes durch eine neue Verfassung war.

Es war direkt das Volk, das sich in einem Referendum nicht nur dafür aussprach, den verfassungsgebenden Prozess zu eröffnen, sondern auch die Spielregeln festlegte, nach denen die Wahlen zur Constituyente stattfinden sollten. Chávez hatte diese vorgeschlagen, nachdem er die verschiedenen Schichten des Landes und ihre Vorschläge angehört hatte. So konnte verhindert werden, dass die Eliten der alten Parteien in mehr oder weniger geheimen Verhandlungen die Bedingungen bestimmen und das Volk verraten konnten. Das war ein riesiger Schritt nach vorn, den sogar der angesehene oppositionelle Jurist Allan Brewer-Carías als »historische Dissidenz« bewertete, da die Aktivierung der verfassungsgebenden Macht vollkommen friedlich und demokratisch, ohne einen gewaltsamen Bruch mit dem System, vonstatten ging. Das war etwas, das es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben hatte.

In Ecuador wurde der Prozess der Constituyente aus den vorherigen Erfahrungen kopiert, weshalb wir uns mit ihm nicht länger beschäftigen. In Bolivien allerdings war der Weg ein anderer – und diesen Fehler musste das Land während des Veränderungsprozesses teuer bezahlen. Hier wurde dieser nicht mit einem souveränen Referendum initiiert, sondern formell lediglich als Verfassungsreform. Das Gesetz über die Einberufung der Versammlung wurde vom Kongress der Republik erst angenommen, nachdem die bisherige Verfassung geändert worden war, um eine Constituyente zu ermöglichen. Dazu jedoch waren harte Verhandlungen mit der Opposition notwendig,

Wahlkampf für die von Hugo Chávez in Venezuela initiierte verfassungsgebende Versammlung im Juli 1999

Wir fördern und fordern die Unterstützung und Solidarität mit den sozialen Bewegungen Lateinamerikas und den Alba-Ländern.

Der einseitigen medialen Berichterstattung in der Schweiz soll ein Gegengewicht gesetzt werden und mit Veranstaltungen, Vorträgen, Filmen, öffentlichen Debatten u.a.m. die Realität dieser Länder und Bewegungen aufgezeigt werden.

ALBA SUIZA ist Teil der linken und antimperialistischen Bewegungen und ist von Regierungen sowie politischen Parteien unabhängig. Sie ist gegen jede Form von Rassismus, Sexismus und Unterdrückung und setzt sich für die Einhaltung der kollektiven und individuellen Menschenrechte und für die Festigung des Friedens in der ganzen Welt ein.

ALBA SUIZA
www.albasuiza.ch



e Revolution

unggebenden Prozesse in Lateinamerika,

die durchsetzte, dass alle Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden müssten. Dadurch ergatterte sie sich praktisch ein Vetorecht in einer Reihe von Fragen.

In bezug auf den weiteren Ablauf der drei verfassungsgebenden Prozesse können wir feststellen, dass auch dieser nicht weniger schwierig war. Nach den Wahlen der Constituyentes, die jeweils eine Mehrheit der bolivariischen Kräfte ergaben, begannen die Probleme. Die Kongresse von Venezuela und Ecuador wurden weiter von der Opposition kontrolliert: In Venezuela hatte die »Bewegung der Fünften Republik« (MVR) von Chávez bei den Parlamentswahlen 1998 keine Mehrheit errungen, und in Ecuador war Correas Alianza PAIS nicht mal zu den Wahlen angetreten, weil im Parlament nur ein Haufen korrupter Politiker säßen. Doch schließlich setzten sich die verfassungsgebenden Versammlungen in allen Fällen gegen die konservativen Kräfte durch. Sie waren »originär«, und daher hatten ihre Entscheidungen Vorrang gegenüber jeder Behinderungsstrategie der Legislative oder Judikative. In Bolivien bestand allerdings, wie gesagt, das Problem, dass sich die Opposition hinter der Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit verschanzte, was den Prozess sehr verzögerte. Außerdem fügte der Kongress nach Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch die Versammlung vor dem Referendum noch Veränderungen ein.

Was in all diesen Fällen hervorgehoben werden muss, ist der hohe Grad an Beteiligung durch die Bevölkerung, wodurch »Verfassungen ohne Verfassungsväter« entstanden. Wenn normalerweise – zum Beispiel mit den Founding Fathers der nordamerikanischen Konstitution 1787 oder den »Vätern der spanischen Verfassung« 1978 – die Grundgesetze durch Experten hinter verschlossenen Türen vorbereitet werden

und diese sich nur mit der politischen Elite austauschen, gestaltete sich die Arbeit der Constituyentes in Venezuela, Ecuador und Bolivien vollkommen anders. In Venezuela wurden von der Versammlung alle sozialen Schichten angehört, von Studenten bis Journalisten, von Arbeitern bis Priestern. In den Armenvierteln von Caracas wurden Briefkästen aufgehängt, in denen Vorschläge für die neue Verfassung gesammelt wurden. Ein Taxifahrer, mit dem ich mich bei einem meiner letzten Besuche in dem Land unterhalten habe und der kein Chavista war, lobte noch heute: »Dieser Prozess war beispielhaft. Das ganze Land wurde angehört, und wer wollte, konnte beitragen.« In Bolivien und Ecuador standen nicht nur die Türen der Versammlungen offen, sie tagten auch außerhalb der Parlamentsgebäude und veranstalteten Hunderte Foren auf regionaler und berufsspezifischer Ebene, bei denen Tausende Initiativen eingereicht wurden – ein Beispiel partizipativer Demokratie.

Schließlich wurden diese drei Prozesse mit Referenden abgeschlossen, in denen die neuen Verfassungen angenommen wurden. Ihr radikaldemokratischer Charakter zeichnete diese Prozesse also in allen drei Fällen von Anfang bis Ende aus.

Das Erbe der Constituyentes

Meiner Ansicht nach waren die verfassungsgebenden Prozesse nichts anderes als eine demokratische Revolution. Wenn wir unter dem Begriff Revolution eine Phase beschleunigter und tiefgreifender Veränderungen auf politischer, institutioneller, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene verstehen, und wenn wir unter Demokratie Volkssouveränität und eine bis zum Äußersten getriebene Beteiligung verstehen, kann es daran keinen Zweifel geben. Sie legten die verfassungsrechtliche und juristische Grundlage für die Entwicklung der ehrgeizigsten Veränderungsprozesse, die,

abgesehen von Kuba, in Lateinamerika und weltweit stattfinden.

Zu den wichtigsten Errungenschaften gehören:

1. Die Rettung von Revolution und Demokratie als zwei Konzepten, die sich brauchen und gegenseitig befruchten. Nach dem Fall der Mauer in Berlin traute sich Francis Fukuyama auf dem Höhepunkt der antikommunistischen Welle, das »Ende der Geschichte« zu prophezeien. Er prognostizierte, dass es keine Gesellschaftsordnung nach dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus und seiner politischen Ausdrucksform, der bürgerlich-liberalen Demokratie, gebe. Die Prozesse in Lateinamerika haben dagegen gezeigt, dass der Bruch mit dem ungezügelter Kapitalismus möglich ist und auf demokratischem Weg eine andere Form von Demokratie durchgesetzt werden kann.

2. Die Idee der Volksmacht und der protagonistischen Demokratie. Die repräsentative Demokratie verschwindet nicht, sondern wird mit der Beteiligung der Bevölkerung angereichert und demokratisiert. Ein Ergebnis dieser Idee ist zum Beispiel die Entwicklung der Gesetze der Volksmacht in Venezuela, die unter anderem die Entstehung Tausender Kommunalräte und Hunderter Kommunen ermöglicht haben, in denen das Volk direkt an der Entscheidungsfindung und an der Lösung lokaler Angelegenheiten teilnimmt.

3. Die Politisierung und der Protagonismus der traditionell ausgeschlossenen Gesellschaftsschichten. Nach Slavoj Žižek ist eines der größten Verdienste von Hugo Chávez, Millionen arme Frauen und Männer in den Hütten an den Abhängen von Caracas politisiert zu haben, die sich niemals hatten träumen lassen, Protagonisten einer Revolution zu sein. Er gab ihnen das Selbstwertgefühl zurück. Dasselbe geschah in Bolivien und Ecuador mit der indigenen Mehrheitsbevölkerung, die seit den verfassungsgebenden Prozessen eine zentrale Position im politischen Leben ihrer Länder einnimmt.

4. Die Rückgewinnung der Rolle des Staates als Garant aller und vor allem der sozialen Grundrechte. Um eine zu sein, muss die Demokratie sozial sein. Sie muss sich auf eine materielle Basis des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger stützen, und um dieses muss sich der Staat kümmern. Die Verfassungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador haben das sichergestellt, in dem sie nicht nur die politischen und Bürgerrechte, sondern auch die sozialen Rechte einklagbar gemacht haben. So entkamen Millionen Menschen der Armut, der Analphabetismus wurde ausgerottet, das Recht auf Bildung bis zum Universitätsabschluss wurde universell. Gesundheitsren-

tren wurden in Gegenden eröffnet, in denen es nie ärztliche Betreuung gegeben hatte.

5. Der Bruch mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell und die Umsetzung von Maßnahmen, die einen neuen Horizont eröffnen, von dem ich nicht weiß, ob er sozialistisch ist, in jedem Fall aber postneoliberal. Dafür kann man die veränderte Steuerpolitik anführen, durch die eine Neuverteilung des Reichtums angestrebt wird; die Rettung der wirtschaftlich führenden Rolle des Staates oder die Nationalisierung eines Großteils der strategischen Wirtschaftssektoren (Öl und Gas, Bergbau, Banken).

6. Die endgültige Entkolonialisierung des Staates, insbesondere in Bolivien und Ecuador, wo die indigene Mehrheitsbevölkerung unten gehalten und deren Kulturen, Sprachen, Lebensformen und Institutionen der Selbstregierung vergessen worden waren.

7. Und schließlich die Idee des »Guten Lebens« (Sumaq kawsay bzw. Suma qamaña in Quechua bzw. Aikara). Dabei geht es nicht nur darum, die materiellen Lebensbedingungen der Mehrheiten zu verbessern – was natürlich von grundlegender Bedeutung ist, wenn die Veränderungsprozesse dauerhaften Charakter haben sollen –, sondern um eine andere, nachhaltige Lebensweise, die die Umgebung und die Pachamama, die Mutter Erde, respektiert.

Was wir in Venezuela, Bolivien und Ecuador gesehen haben und glücklicherweise weiter sehen, ist nach Emir Sader die dritte Strategie der Linken in Lateinamerika. Wenn die erste der reformistische Weg war, der dem System nicht gefährlich werden konnte, und die zweite der Guerrillakampf, der nach dem Sieg der Kubanischen Revolution entfesselt wurde, in den meisten Ländern aber in Niederlagen endete, dann ist die dritte Strategie eine Kombination aus verschiedenen Elementen: Volksaufstände, Wahlen und Neugründung des Staates, indem er in allen Aspekten des sozialen, politischen und ökonomischen Lebens des Landes demokratisiert wird.

Es ist kein einfacher oder perfekter Weg, und er ist auch nicht frei von Widersprüchen. Aber er hat sich als effizient erwiesen und reale Veränderungen hervorgebracht. Die Linke hat schon zu viel Zeit damit verloren, von der idealen Revolution zu träumen, die nie gekommen ist und niemals kommen wird. Wer seine Reinheit bewahren will und keine Widersprüche in Kauf nimmt, wird niemals eine Revolution machen. Worum es geht, ist sich auf den Weg zu machen und ohne Pause voranzuschreiten. Das wird nicht möglich sein, ohne in Verlegenheiten zu kommen. Vom »Morgenrot der Hoffnung« in die neue Zeit des Sozialismus – Irabaziko dugu! (¡Venceremos!, wir werden siegen, auf baskisch).

Unser Autor Eneko Compains Silva ist ein baskischer Verfassungsrechtler und lehrt an der Universität in Bilbao (Bilbao). Er gehört dem Vorstand der Linkspartei Sortu an.

ANZEIGE

Ohne eine einzige Gegenstimme wurde die UNO-Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba Ende Oktober 2016 angenommen!

Aber die Schweizer Grossbanken blockieren weiter – eine Schande.

Wir fordern: Fairplay for Cuba!

Vereinigung Schweiz-Cuba
www.cuba-si.ch

ANZEIGEN

Dawid Danilo Bartelt

Konflikt NATUR
Ressourcenausbeutung in Lateinamerika

Lateinamerika ist der artenreichste Kontinent – und auf bestem Wege, diesen immensen Schatz für immer zu zerstören. Alles, was sich zu Geld machen lässt, wird dem Boden entzogen, mit unabsehbaren Umweltschäden.

P Publik bei Wagenbach

Broschur, 144 Seiten
ISBN 978 3 8031 2767 9

Wagenbach
www.wagenbach.de

Der unabhängige Verlag für wilde Leser

SCHROPP

Ihre Reisebuchhandlung mit über 2.000 Karten und Reiseführern aus aller Welt zum Thema Fahrrad

Hardenbergstraße 9a
10623 Berlin

Tel.: 030-23 55 73-20
www.schropp.de

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr. 10.00-20.00 Uhr
Sa. 10.00-18.00 Uhr

Gemüse für die Kinder der Bergbauern in Candelaria und San Cristobal

KarEn will in 10 – 12 Genossenschaften der Bergregionen Candelarias und San Cristobals solarbetriebene Tauchpumpen in vorhandenen Brunnen einsetzen, um je 2–3 ha Ackerland für den Anbau von Gemüse regelmäßig zu bewässern. Damit können die Erträge wesentlich gesteigert werden. Jährlich kann 3 bis 4 mal geerntet und die Kinder der Bergbauern können täglich mit frischem Gemüse versorgt werden. Solartauchpumpen, Schläuche, Sprenger und Tanks kommen zum Einsatz.

Bis Ende Juni 2017 wurden 118.457 € gespendet, vielen Dank!
Aber noch fehlen 116.543 € für die Realisierung.

Unsere Bitte an die Freunde Kubas:
spenden Sie für dieses lebensverbessernde Projekt!

KarEn
VEREIN ZUR FÖRDERUNG ALTERNATIVER ENERGIEIN IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Gemüse für Kinder Kubas
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

FINDET CHE GUEVARA! acabus

Begeben Sie sich auf die Suche in den Dschungel Boliviens, wo reale Fakten auf einen fiktiven Thriller treffen.

Hainz-Joachim Simon
Che
Der Traum des Guerillero
Roman

Paperback
524 Seiten
20,5 x 14,0 cm
ISBN 978-3-86282-488-5
16,00 EUR

Mehr Infos hier:


CHE
HAINZ-JOACHIM SIMON
DER TRAUAM DES GUERRILERO

www.acabus-verlag.de

»Verfassungsreform war schon vor zehn Jahren notwendig«

Ein linker Aktivist darf bei der Wahl zur Constituyente in Venezuela nicht kandidieren. Trotzdem verteidigt er sie. **Ein Gespräch mit Gustavo Rodríguez**

Gustavo Rodríguez (67) ist aktiv in den Basisbewegungen im Stadtteil 23 de Enero der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Beim dortigen Alternativen der Al Son del 23 moderiert er eine wöchentliche Radiosendung.

Warum wollten Sie als Kandidat bei den Wahlen für die verfassunggebende Versammlung, die Constituyente, antreten?

Dafür gab es eine ganze Reihe von Gründen, aber in erster Linie haben mich die Genossen dazu motiviert, die mich seit Jahren kennen und mir gesagt haben, dass jemand wie ich nötig sei, um für den Bereich der Kultur Vorschläge in die Constituyente einzubringen. Wir wollen die Volksmacht wirklich in die Lage versetzen, Entscheidungen zu treffen und reale Macht auszuüben. Ich habe lange darüber nachgedacht und in letzter Minute die Entscheidung getroffen, mich einzuschreiben.

Wie lief der Prozess der Einschreibung ab?

Das Verfahren war ziemlich hart, denn ich musste innerhalb weniger Tage 500 Unterstützungsunterschriften sammeln. Das klingt wenig, aber ich habe eine Woche lang von Montag bis Sonntag, von morgens bis spätabends, an der Metrostation Agua Salud in Caracas gestanden und gesammelt. Dann mussten die Unterschriften digitalisiert und auf CD gebrannt werden.

Es war eine ziemliche Mühe, aber ich habe mehr als 1.200 Unterschriften gesammelt. Trotzdem war das nicht genug. Der Nationale Wahlrat, CNE, hat mir mitgeteilt, dass ich nicht zur Wahl zugelassen wurde. Schlimm ist, dass es dafür keine Begründung gibt. Das macht mich wirklich wütend, aber dies ist nicht der Augenblick, um Streit anzufangen und Rechtsanwälte mit Eingaben zu beschäftigen. Ich werde mich mit anderen Genossen der Volksmacht zusammenschließen und versuchen, diese Leute zu stellen und die immer gleichen Skrupellosen zu bekämpfen, die Mittel der Partei und ihre Plattform nutzen, um Karriere zu machen. Dies ist eine Schlacht mehr, aber innerhalb unserer eigenen Reihen.

Welche Themen wollten Sie in der Constituyente einbringen?

Ich habe mich um einen Sitz in der verfassunggebenden Versammlung beworben, weil ich meine Beteiligung an der Revolution für eine Pflicht halte. Schon die Präambel unserer Verfassung von 1999 weist dem Volk eine partizipative Rolle und sogar die des Protagonisten zu. Ich habe mich als Vertreter für den Bereich der im sozialen und kulturellen Sektor Tätigen eingeschrieben, weil die Revolution eine kulturelle sein muss, sonst ist es keine Revolution.

Unsere Pflicht ist es, stärker zu werden, damit die Volkskultur nicht länger ausgeschlossen ist oder als zweit- und dritrangig angesehen wird. Wir haben fast eine Million Kinder und Jugendliche, die in Orchestern spielen, die Instrumente und Unterricht erhalten und Konzerte geben, bei denen sie besser als viele Europäer Werke von Mozart, Beethoven und anderen spielen. Aber der Kultur in den Stadtvierteln stehen nicht dieselben Mittel zur Verfügung. Es ist mühsam, für die Kinder dort einige Cuatros (südamerikanische viersaitige Gitarre) oder Unterrichtsstunden zu organisieren. Wir bräuchten auch Volksorchester, die unsere



Das Stadtviertel 23 de Enero in Caracas ist für seine kämpferischen Traditionen bekannt

indoamerikanische Tradition pflegen. Wir müssen den Eurozentrismus überwinden oder zumindest einschränken und so die Ausdrucksformen unserer eigenen Kultur für immer verankern, damit wir nicht zur Yankee-Kultur und zum neoliberalen Konsum zurückkehren.

Die Opposition in Venezuela kritisiert die verfassunggebende Versammlung als undemokratisch. Wie stehen Sie dazu?

Das sagen diejenigen, die 1961 ihre Verfassung hinter den verschlossenen Türen ihrer Anwaltskanzleien ausgekugelt haben, entsprechend der Anordnungen der Unternehmer und ihrer Handelskammern sowie einer Bande angeblicher Gewerkschafter, die ihnen die Stiefel gelehrt haben. Das war demokratisch? Zu der Wahl jetzt wird alle Welt aufgerufen, sogar nach verschiedenen Sektoren der Bevölkerung – Bauern, Arbeiter, Fischer, Jugendliche und andere. Wenn sie recht damit haben, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, dann sollen sie zeigen, dass sie Eier in der Hose haben und zur Wahl antreten. Die Constituyente jedenfalls wird es geben – mit ihnen oder ohne sie.

Warum halten Sie es für notwendig, die gegenwärtige venezolanische Verfassung zu ändern?

Schon im Jahr 2007 gab es die Forderung nach einer Verfassungsreform, und es war der Comandante Hugo Chávez, der die An-

derungsvorschläge einbrachte. Die Reform wurde praktisch boykottiert, und am Ende haben wir das Referendum mit weniger als einem Prozent Abstand verloren.

Der Comandante hat das Ergebnis der Abstimmung als Pyrrhussieg der Rechten bezeichnet. Wir haben als Reaktion keine Barrikaden angezündet und Gesetze verletzt, wie es die Opposition nach Niederlagen immer wieder getan hat. Wir haben das Resultat akzeptiert und weitergemacht. Aber schon vor zehn Jahren war diese Reform dringend notwendig, also ist sie heute noch mehr. Um den Frieden zu bewahren, müssen die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden.

Es ist jetzt anderthalb Jahre her, seit uns die Rechte bei den Parlamentswahlen geschlagen hat, und wir haben gesehen, wie sich daraus die Brut des Faschismus entwickelt hat. Sie haben ihre Anhänger in den Terrorismus getrieben. Sie glaubten, alle Macht zu haben und stellten sich außerhalb des Gesetzes. Sie taten so, als ob sie die Regierung wären. In den Gesetzen, die sie verabschiedeten, warfen sie alle die vom Volk in der Revolution erlangenen Erfolge und Fortschritte über Bord. So ist es mehr als gerechtfertigt, dass wir dafür sorgen, dass sie uns die Missionen, die Sozialprogramme, und die weiteren sozialen und ökonomischen Fortschritte nicht nehmen können.

Interview: André Scheer

Mach mit bei Cuba Sí

Für Leute mit einem „linken Herzen“ ist Lateinamerika gegenwärtig die interessanteste Ecke der Welt. Mehrere Länder dieser Region haben sich der jahrhundertelangen kolonialen Fremdbestimmung, Einmischung und Bevormundung widersetzt und gehen einen eigenständigen Weg. Kuba hat mit seiner Standhaftigkeit, seinen beispielhaften Programmen für Gesundheit und Bildung, durch seine Solidarität mit vielen anderen Ländern diesen Emanzipationsprozess maßgeblich befördert. Das Land von Martí, Che und Fidel hat bewiesen: Eine andere Welt ist tatsächlich möglich!

Wir laden Dich ein, Cuba Sí kennenzulernen. Informiere Dich über unsere Solidarität, komm zu unseren Veranstaltungen oder schau mal in einer unserer Regionalgruppen vorbei. Der Blick nach Lateinamerika kann Inspiration für eine erfolgreiche linke Politik in Deutschland und Europa sein! Wir freuen uns auf Dich!

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Cuba Sí

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand
DIE LINKE/Cuba Sí: Kontonummer 13 2222 10,
Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00,
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADE33,
Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder“.

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Zwei Stimmen für den Frieden

Am 30. Juli wird in Venezuela eine verfassunggebende Versammlung gewählt. Die Opposition boykottiert die Abstimmung. **Von André Scheer**

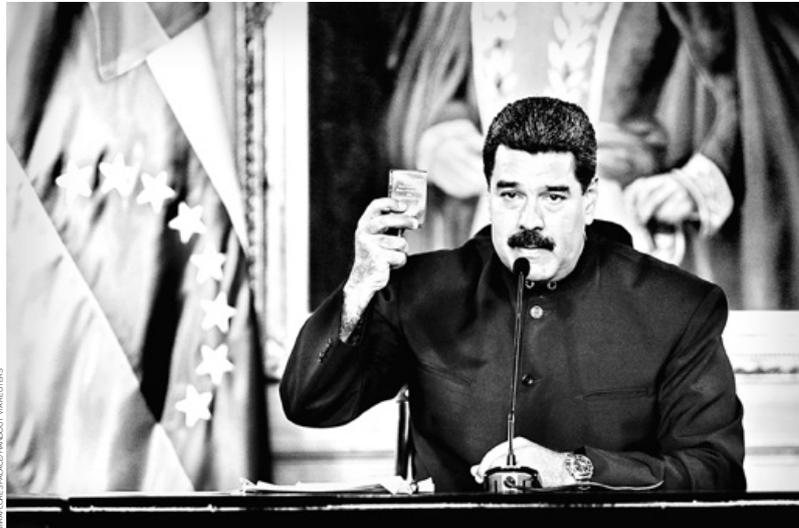
Es war eine Überraschung, als Venezuelas Präsident Nicolás Maduro am 1. Mai 2017 während der Kundgebung zum Tag der Arbeit in Caracas den Spieß umdrehte und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, der Constituyente, ankündigte. Eine solche hatten führende Vertreter der Opposition in den Monaten und Jahren zuvor immer wieder gefordert, um die Regierung aus dem Amt zu drängen. Nun ging der Staatschef in die Offensive und begründete das damit, dass die Constituyente das Forum sein könne, um die Venezolaner zusammenzubringen und den Frieden im Land zu sichern.

Das südamerikanische Land wird seit Monaten von einer Protestwelle erschüttert. Zwar ist die Beteiligung an den anfangs nach Zehntausenden zählenden Großdemonstrationen der Regierungsgegner im Laufe der Zeit abgeebbt, doch militante Kleingruppen liefern sich nach wie vor Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Bis Ende Juni wurden nach Angaben des vom Kulturministerium betriebenen Rundfunksenders *Alba Ciudad* mindestens 113 Menschen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen getötet. Von diesen Opfern sollen jedoch lediglich neun Todesfälle auf das Handeln von Polizei und Nationalgarde zurückzuführen sein. Die anderen starben bei Unfällen, die durch errichtete Barrikaden und andere Verkehrshindernisse verursacht wurden, kamen bei Plünderungen ums Leben, wurden Opfer krimineller Banden oder starben, weil ihre eigenen Sprengsätze zu früh explodierten.

Venezuelas Oppositionsbündnis MUD (Tisch der Demokratischen Einheit) laviert seit Wochen und vermeidet eine generelle Distanzierung von der Gewalt. Statt dessen lassen sich führende Politiker von Rechtsparteien mit den Straßenkämpfern abbilden. Andererseits will man sich jedoch auch seriös geben, um als bürgerliche Alternative zum »sozialistischen Regime« von Präsident Maduro anerkannt zu werden.

Das politische Panorama in Venezuela wird noch dadurch verkompliziert, dass sich inzwischen immer mehr Stimmen Gehör verschaffen, die sich weder dem Regierungslager noch der MUD zuordnen lassen wollen. Gegen die Constituyente sprachen sich zum Beispiel Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz und die einstige Ombudsfrau der Bolivarischen Republik, Gabriela Ramírez, sowie mehrere frühere Minister aus. Während Politiker der PSUV sie in den staatlichen Medien als Verräter bezeichnen, setzen manche Unzufriedene ihre Hoffnungen in diese »kritischen Chavisten«. Die reale Stärke dieser »dritten Kraft« ist jedoch kaum einzuschätzen. Bei der Parlamentswahl 2015 waren die als »unabhängiges Lager« angetretenen Kräfte wie die sozialdemokratisch orientierte »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) ohne Einfluss geblieben.

Gemeinsamer Nenner von rechter Opposition und »kritischen Chavisten« ist ihre Ablehnung der verfassunggebenden Versammlung. Der Vorwurf lautet, dass Maduro eine handverlesene Constituyente einberufen wolle, um die Magna Charta nach eigenem Gutdünken umschreiben zu können. Darauf deutet nach Ansicht der Regierungsgegner die Ansage Maduros bei seiner Rede am 1. Mai hin, dieses werde »keine Constituyente der Parteien und der Eliten, sondern eine des Volkes« werden. So sollten zum Beispiel die Arbeiter in den Fabriken, die Bewegung der



Mit der Verfassung von 1999 in der Hand kündigte Nicolás Maduro am 1. Mai die Einberufung der Constituyente an

Körperbehinderten, die Rentner oder die Indigenas ihre Delegierten selbst wählen.

Die knapp 20 Millionen wahlberechtigten Venezolaner haben deshalb zwei Stimmen. Eine geben sie – wie gewohnt – in ihrem jeweiligen territorialen Wahlkreis ab. Auf diese Weise werden 364 Mitglieder der Constituyente bestimmt. Mit einer zweiten Stimme entscheiden die Menschen jedoch über einen Repräsentanten, der ihre soziale Gruppe repräsentieren soll. 24 Mandate sind für Studenten, acht für Bauern und Fischer, fünf für Unternehmer, fünf für Menschen mit Behinderungen, 28 für Rentner und 79 für Arbeiter reserviert. 24 Mandate sollen die Sprecher der Kommunen, wie die lokalen Basisorganisationen der Volksmacht genannt werden, erhalten. Acht Abgeordnete werden von der indigenen Bevölkerung Venezuelas bestimmt. Definiert wird die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gruppe durch die offiziellen Register, zum Beispiel die Einschreibeverzeichnisse der Hochschulen.

Problematisch gestaltete sich jedoch die Kandidatenaufstellung. Die genauen Regularien und Zeitpläne der Wahl wurden vom Nationalen Wahlrat (CNE), der für die Durchführung der Abstimmung zuständigen Behörde, erst sehr spät mitgeteilt. Entsprechend wenig Vorlauf hatten Aktivisten, die sich für eine Kandidatur interessierten, um sich mit anderen zu verständigen. Zudem hatten Aspiranten auch nur wenige Tage Zeit, um sich zu registrieren und die formalen Anforderungen für die Kandidatur zu erfüllen. So blieb kaum Zeit, damit sich unabhängige Kräfte koordinieren konnten. Vorteile hatte, wer sich mit dem Rückhalt einer starken Organisation zur Kandidatur entschloss, so zahlreiche namhafte Repräsentanten der Regierung wie Venezuelas Außenministerin Delcy Rodríguez oder der Vizechef der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV), Diosdado Cabello. Die Kommunistische Partei (PCV) kritisierte, dass die Büros der Wahlbehörde CNE in dem für die Einschreibung vorgesehenen Zeitraum komplett überlastet gewesen seien, so dass viele Bewerber keine Chance gehabt hätten, sich ordnungsgemäß anzumelden. Sie hat zusammen mit verbündeten Linkskräften eine Wählervereinigung »Union für den Fortschritt« (UPA 2017)

gegründet, während die der PSUV nahestehenden Kandidaten als »Kongress des Heimatlandes« antreten. Daneben gibt es eine unabhängige Gruppierung unter dem Motto »Wähler für den Frieden«.

Insgesamt wurden letztlich 6.120 Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen – von ursprünglich mehr als 50.000 Menschen, die ihre Bewerbung angemeldet hatten. Alle anderen hätten die formalen Anforderungen für die Beteiligung nicht erfüllt, erklärte CNE-Präsidentin Tibisay Lucena am 15. Juni. Bei vielen der abgelehnten Bewerber hat insbesondere für Unmut gesorgt, dass die Gründe für diese Diskrepanz nicht transparent gemacht wurden. Bei Regierungsgegnern galt dieses Ergebnis zudem als Beleg dafür, dass nur »handverlesene« Kandidaten die neue Verfassung ausarbeiten sollen.

Im Unterschied zu früheren Wahlen, bei denen sich der CNE durch eine international anerkannte professionelle Arbeit auszeichnete, ist die Vorbereitung zur Constituyente auch in anderen Fragen durch Hektik und Improvisation geprägt. Es ist offensichtlich, dass man die Wahl schnell ansetzen und über die Bühne bringen wollte. Das ist vielleicht der Tatsache geschuldet, dass im Dezember bereits der nächste

Urnengang geplant ist, nämlich die seit dem vergangenen Jahr überfälligen Regionalwahlen.

Für die Opposition sind die Probleme im Umfeld der Wahlen ein gefundenes Fressen. Sie will durch Boykottaktionen und Sabotage die Durchführung der Abstimmung so stark behindern, dass die Constituyente durch eine extrem niedrige Wahlbeteiligung von Anfang an diskreditiert ist. Diese Strategie kann durchaus Erfolg haben, auch wenn einer am 9. Juli veröffentlichten Studie des Meinungsforschungsinstituts Hinterlaces zufolge 54 Prozent der Befragten dafür seien, »die aktuelle Verfassung zu verbessern, damit die sozialen Errungenschaften nicht verlorengehen«. Nur eine Minderheit glaubt zudem daran, dass Maduro die Constituyente nur deshalb einberufen habe, um an der Macht zu bleiben – 42 Prozent stimmen dieser von der Opposition verbreiteten These zu, während 56 Prozent das nicht glauben.

Die internationale Medienmacht hat Venezuelas Opposition aber auf ihrer Seite, so dass davon auszugehen ist, dass nach der Wahl am 30. Juli erneut eine weltweite Propagandakampagne über das Land hereinbrechen wird.

André Scheer leitet das Ressort Außenpolitik der Tageszeitung *Junge Welt*.

KUBA

¡Venga a Cuba! Kommen Sie nach Kuba!

Die „Königin der Antillen“, zwischen Mythos und Wirklichkeit, zwischen Rhythmus und Revolution, zieht sich wie eine lange Sichel von Osten nach Westen. Darauf verteilen sich Städte mit kolonialem Charme, weiße Sandstrände, dichte Regenwälder und eindrucksvolle Berglandschaften. Lassen Sie sich von der liebenswerten Mentalität der kubanischen Bevölkerung begeistern. Ihre Gastfreundschaft und Lebensfreude sind so mitreißend und fesselnd, wie die Rhythmen der Musik und so erfrischend, wie der berühmte Mojito-Cocktail.

6-TÄGIGE RUNDREISE AB 495,-€

Havanna – Viñales – Guamá – Cienfuegos – Trinidad – Santa Clara – Varadero

Geführtes Programm mit deutschsprachiger Reiseleitung, 5 Übernachtungen mit Frühstück in Privatunterkünften, 4 x Mittagessen

JETZT BUCHEN: 030 85370 42

INDIVIDUELL UND IN DER GRUPPE

www.tropicana-touristik.de cubainfo.berlin@tropicana-touristik.de Spreerfer 6, 10178 Berlin, 030 – 85370 42

»Verringerung der Arbeitszeit«

Venezuelas Opposition verteidigt die aktuelle Verfassung. Ob sie deren Artikel jemals gelesen hat?

Die 1999 verabschiedete Verfassung Venezuelas zeichnet sich durch zahlreiche interessante Bestimmungen aus, die zum Beispiel soziale Rechte festlegen. Sie wurde über lange Jahre von der rechten Opposition bekämpft. Nun aber erklären sich die Regierungsgegner zu Verteidigern dieser Magna Charta, um die von Präsident Nicolás Maduro initiierte Ausarbeitung eines neuen Grundgesetzes zu verhindern. Damit stellen sich konservative, sozialdemokratische und ultrarechte Kräfte allerdings auch hinter solche Bestimmungen der venezolanischen Verfassung, wie wir sie hier auszugsweise zitieren. Eine vollständige deutschsprachige Übersetzung des Buches ist bei der Botschaft Venezuelas in Berlin erhältlich.

Artikel 13:
Das Staatsgebiet darf niemals, auch nicht vorübergehend oder teilweise, an ausländische Staaten oder andere Rechtsträger des Völkerrechts abgetreten, übertragen, verpachtet oder in einer anderen Form veräußert werden.

Der geographische Bereich Venezuelas ist eine Zone des Friedens. In ihm dürfen keine ausländischen Militärstützpunkte oder Einrichtungen mit militärischen Absichten jeglicher Art durch ausländische Mächte oder Bündnisse errichtet werden.

Artikel 23:
Die von Venezuela unterzeichneten und ratifizierten Abkommen, Verträge und Konventionen zu den Menschenrechten genießen Verfassungsrang und haben in der nationalen Rechtsordnung Vorrang in dem Maße, wie sie weitergehende Normen bezüglich des Genusses und der Ausübung der Menschenrechte enthalten, als in dieser Verfassung und in der Gesetzgebung festgelegt sind. Sie sind von den Gerichten und anderen Organen der öffentlichen Gewalt unmittelbar anzuwenden.

Artikel 43:
Das Recht auf Leben ist unverletzlich. Die Einführung der Todesstrafe ist verboten, keine staatliche Gewalt kann sie anwenden.

Artikel 45:
Der öffentliche Gewalt, ob zivil oder militärisch, ist selbst im Notfall, Ausnahmezustand oder bei Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte untersagt, das Verschwindenlassen von Personen zu betreiben, zu gestatten oder zu dulden. Staatsbedienstete, die einen solchen Befehl oder eine solche Anweisung erhalten, sind verpflichtet, dem nicht Folge zu leisten und bei den zuständigen Behörden Anzeige zu erstatten. Mittelbare und unmittelbare Täter, Tatbeteiligte und diejenigen, die ein sol-

ches Verbrechen begünstigen, werden nach dem Gesetz bestraft. Auch der Versuch ist strafbar.

Artikel 57:
Jeder hat das Recht, seine Gedanken, seine Vorstellungen und Meinungen mündlich oder schriftlich oder in jeder anderen Ausdrucksform zu äußern und sich dabei jedweden Mediums zur Weitergabe und Verbreitung zu bedienen, ohne dass Zensur angewandt werden dürfte. Wer von diesem Recht Gebrauch macht, übernimmt die volle Verantwortung für alle Äußerungen. Anonymität ist nicht erlaubt; ebenso wenig Kriegspropaganda, diskriminierende Äußerungen sowie solche, die religiöse Intoleranz fördern.

Artikel 72:
Für alle diejenigen, die durch allgemeine Wahlen in Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung berufen worden sind, kann das Mandat widerrufen werden.

Nach Ablauf der Hälfte der Amtszeit, für die der Amtsträger oder die Amtsträgerin gewählt wurde, können mindestens zwanzig Prozent der in der entsprechenden Verwaltungseinheit eingetragenen Wahlberechtigten die Durchführung einer Volksabstimmung beantragen, um dessen oder deren Mandat zu widerrufen.

Wenn dieselbe oder eine größere Zahl von Wahlberechtigten, die den Amtsträger oder die Amtsträgerin gewählt hatten, für einen Widerruf stimmen, und unter der Voraussetzung, dass mindestens fünfundzwanzig Prozent der eingetragenen Wahlberechtigten an der Volksabstimmung teilgenommen haben, wird das Mandat als widerrufen betrachtet, und es wird unverzüglich entsprechend den Bestimmungen dieser Verfassung und des Gesetzes dafür Sorge getragen, das Amt wieder zu besetzen.

Artikel 81:
Jeder, der behindert ist oder entsprechende besondere Bedürfnisse hat, verfügt über das Recht auf volle und eigenständige Entfaltung seiner Fähigkeiten und auf die Integration in Familie und Gemeinschaft. Mit solidarischer Beteiligung der Familien und der Gesellschaft gewährleistet der Staat die Achtung der Menschenwürde sowie Chancengleichheit und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen und fördert im Einklang mit dem Gesetz Ausbildung, Weiterbildung und den Zugang zu einer seinen Möglichkeiten angemessenen Arbeit. Taube und Stumme haben das Recht, sich mittels der venezolanischen Zeichensprache auszudrücken und sich durch sie zu verständigen.

Artikel 86:
Jeder hat Anspruch auf soziale Sicherheit als öffentliche, nicht gewinnorientierte

Dienstleistung, die Gesundheitsversorgung und Schutz garantiert im Fall von Lebenslagen wie Mutterschaft, Vaterschaft, Krankheit einschließlich der lebensbedrohlichen Erkrankungen, Invalidität, Behinderung, besonderen Bedürfnissen, Arbeitsrisiken, Arbeitsverlust, Arbeitslosigkeit, Alter, Verwitwung, Verwaisung, Wohnungsverlust, familiär bedingten Belastungen und anderen Angelegenheiten der sozialen Absicherung. Der Staat hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass dieses Recht effektiv wahrgenommen werden kann, indem er ein universelles, umfassendes, einheitliches, effizientes und partizipatives System der sozialen Sicherheit mit solidarischer Finanzierung und direkten sowie indirekten Beitragszahlungen schafft. Dass jemand nicht in der Lage ist, Beiträge zu zahlen, ist kein Anlass, ihn von diesem Schutz auszuschließen.

Artikel 88:
Der Staat garantiert die Gleichheit und Gleichstellung von Mann und Frau in der Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit. Der Staat erkennt die Hausarbeit als eine Wirtschaftstätigkeit an, die Mehrwert erzeugt und Werte sowie sozialen Wohlstand schafft. Hausfrauen haben entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Recht auf soziale Absicherung.

Artikel 90:
Die Arbeitszeit darf täglich acht Stunden und achtundvierzig Stunden in der Woche nicht überschreiten. Soweit gesetzlich zulässig darf nächtliche Arbeitszeit sieben Stunden täglich und fünfunddreißig Stunden in der Woche nicht überschreiten. Kein Unternehmer oder Unternehmerin darf die Arbeiter oder Arbeiterinnen zwingen, Überstunden zu leisten. Eine fortschreitende Verringerung der täglichen Arbeitszeit wird angestrebt, im Sinne des Gemeinwohls und in noch zu bestimmenden Bereichen. Angemessene Maßnahmen werden ergriffen in Richtung auf eine bessere Nutzung der Freizeit zugunsten der körperlichen, geistigen und kulturellen Entwicklung der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben Anspruch auf wöchentliche Freizeit und auf Urlaub, mit einer Entlohnung, die denjenigen für tatsächlich geleistete Arbeitstage entspricht.

Artikel 91:
Jeder Arbeiter oder Arbeiterin hat Anspruch auf ausreichenden Lohn, der ein Leben in Würde ermöglicht und es erlaubt, die materiellen, sozialen und intellektuellen Grundbedürfnisse für sich und seine oder ihre Familie zu decken. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird garantiert, und es wird der Anteil festgelegt, der den Arbeitern und Arbeiterinnen am Gewinn des Unternehmens zustehen soll. Der Lohn ist unpfändbar und wird regelmäßig und zum angemessenen Zeitpunkt in offizieller Währung ausgezahlt. Ausgenommen hiervon sind Unterhaltsverpflichtungen: Näheres regelt das Gesetz.

Der Staat garantiert den Beschäftigten im öffentlichen wie im privaten Wirtschaftsbereich einen gesetzlichen Mindestlohn, der jedes Jahr angepasst wird, wobei der Wert des Warenkorbes eine der Bezugsgrößen darstellt. Ausgestaltung und Verfahren werden durch Gesetz geregelt.

Artikel 93:
Das Gesetz garantiert Arbeitsplatzstabilität und legt das Sachdienliche fest, um jede Art von nicht gerechtfertigter Entlassung zu begrenzen. Die dieser Verfassung zuwiderlaufenden Regelungen sind nichtig.

Der Kündigungsschutz ist gesetzlich garantiert; das Gesetz trifft Vorkehrungen, um ungerechtfertigte Entlassungen jeder Art zu begrenzen. Kündigungen, die den Bestimmungen dieser Verfassung widersprechen, sind nichtig.

Artikel 102:
Bildung und Ausbildung sind ein Menschenrecht und eine grundlegende Pflicht der Gesellschaft; sie sind demokratisch, kostenlos und als Pflicht zu gestalten. Der Staat nimmt sich ihrer auf allen Stufen und in allen Ausdrucksformen an als einer unbedingten Aufgabe von größtem Interesse und als Instrument der wissenschaftlichen, humanistischen und technologischen Erkenntnis im Dienste der Gesellschaft. Die Bildung ist eine öffentliche Dienstleistung und beruht auf der Achtung vor allen Denkkrichtungen. Sie hat zum Ziel, das schöpferische Potential eines jeden Menschen zu entwickeln und die volle Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten ...

Unser Amerika erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.
Redaktion: André Scheer (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Jan Lieske, Gestaltung: Michael Sommer.

Drei Wochen lang:
Gratis lesen*

* Und hier das Kleingedruckte:
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum JW-Kennenlernen!

Probabo jetzt bestellen unter
www.jungewelt.de/probabo
Abotelefon: 00 49 30/53 63 55-50



Cuba & Venezuela
Unzerstörbare Solidarität

Während der aufgeputschte bürgerliche Pöbel in Venezuela nach Drehbüchern, die in den USA geschrieben wurden, auf den Straßen von Caracas versucht, mit allen Mitteln Chaos zu erzeugen, erarbeiten sich ca. 30.000 cubanische Medizinkräfte im Lande die Dankbarkeit und Zuneigung der von ihnen betreuten Menschen in unterversorgten Gebieten und Armenvierteln.

Venezuela liefert Öl nach Cuba. Sein natürlicher Reichtum und das menschliche Potential Cubas ergänzen sich zum Nutzen beider Länder. Dieser Austausch bedarf keiner Rechtfertigung, schon gar nicht durch interessengesteuerte, zynische und verlogene Medien in Venezuela wie bei uns, die sowieso nur ihre „Realität“, nämlich die Sicht ihrer Kapitalgeber, absondern.

Sicher ist, dass die menschliche Solidarität dauerhaft ist, denn in guten wie in schlechten Zeiten sind wir Freunde, wie es die Cubanerin Diamellys Rodríguez Arcia nach 2 Jahren Einsatz vor Ort bekräftigte.

Nachrichten über Cuba:
netzwerk-cuba.de

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
info@netzwerk-cuba.de
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

NETZWERK CUBA
-informationsbüro - e.V.